

Rettungspaket als Schlüssel zum Erfolg?

Staatshilfe Der Plan zur Rettung der UBS sorgt weiter für heftige Diskussionen über die Zukunft der Banken

Die Milliardenhilfe an die UBS hat viele, in der Tonalität zum Teil überraschende Reaktionen ausgelöst. Besonders aussergewöhnliche Beispiele sind die FDP (siehe unten) und die EVP. Heiner Studer, Präsident der EVP, erklärt, warum seine Partei die Finanzbranche als «gierig und unethisch» bezeichnet.

JESSICA PFISTER

Herr Studer, 24 Stunden sind vergangen, seit der Bundesrat das Milliarden-Rettungspaket bekannt gegeben hat. Haben Sie diesen Paukenschlag inzwischen verdaut?

Heiner Studer: Einigermassen. Ich habe die Berichterstattung über das Rettungspaket in verschiedenen in- und ausländischen Zeitungen verfolgt. Der Eingriff wurde fast überall positiv aufgenommen. Ich finde es aber immer noch erstaunlich, dass es als natürlich angeschaut wird, wenn der Staat eine Schweizer Grossbank retten muss. Dass er so vor allem zum zahlenden Krisenmanager wird, ist wirklich ungeheuerlich.

Sie haben gestern unmittelbar nach der Pressekonferenz ein Communiqué verfasst, in dem sie der Finanzwirtschaft fehlende Ethik vorwerfen. Wie darf man das verstehen?

Studer: Ethik heisst für uns nichts anderes als verantwortliches Handeln. Der Finanzwelt ist diese Verantwortung abhanden gekommen. Die Gier und das kurzfristige Gewinnstreben sind für viele Manager wichtiger, als die Gesamtgesellschaft, die aufgrund ihrer Entscheide gewaltig verändert werden kann. Diese Leute haben den Realitäts-sinn verloren. Deshalb erwarten wir, dass die Betroffenen zur Rechenschaft



HEINER STUDER
EVP-Präsident und
Vizeammann von
Wettingen. Sass von
1997 bis 2007 im
Nationalrat.

gezogen werden und freiwillig ihre Boni zurückgeben.

Nicht nur die Banken, auch der Bundesrat kommt im EVP-Communiqué schlecht weg. Sie bezeichnen das Rettungspaket als unüberlegt, unehrlich und auf Kosten der künftigen Generation finanzierbar. Solch harte Töne ist man sich von Ihnen nicht gewohnt.

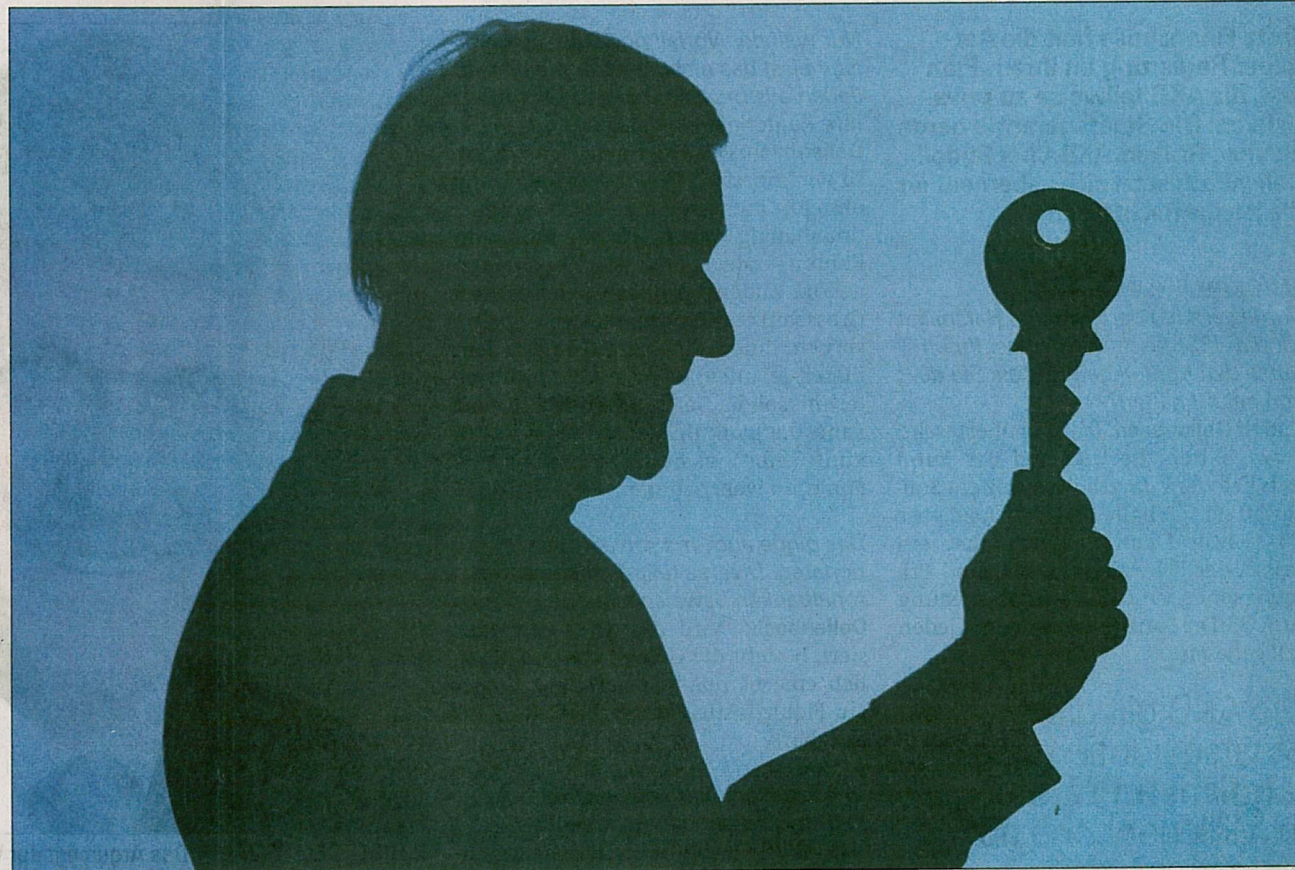
Studer: Das ist sicher so. Wir haben uns auch überlegt, ob wir die Mitteilung in dieser Tonalität veröffentlichen sollen. Dafür sprach, dass wir genau so empfunden haben und auch immer noch so empfinden.

Dann stehen Sie weiter zu Ihrer Aussage, dass der Bundesrat den Steuerzahlern Märchen erzählt hat?

Studer: Der Bundesrat kann doch nicht einfach sagen, dass das gesamte Paket in der Höhe von 68 Milliarden Franken für den Steuerzahler keine negativen Auswirkungen hat. Was würde beispielsweise passieren, wenn die eingerichtete Zweckgesellschaft nicht bezahlen kann, wenn die Papiere an Wert verlieren? Dann müssen die Bürger dafür büssen. Nur um die Menschen zu beruhigen, kann der Bundesrat nicht solche leichtfertigen Behauptungen aufstellen. Ich hätte etwas Handfesteres erwartet.

Glauben Sie, dass der Bund wie angekündigt bei der Entschädigungspolitik der Manager mitreden kann?

Studer: Es wird sehr schwierig, bei Löh-



MARCEL OSPEL Er soll seine Boni zurückzahlen, fordern nicht nur EVP, SP und Grüne, sondern auch die FDP. STEFAN WERMUTH/REUTERS

nen und Boni mitzureden, weil mit den Banken keine gesetzlich verankerten Vereinbarungen getroffen wurden. Damit sendet der Bundesrat ein falsches Signal an andere private Betriebe: Sie können willkürlich wirtschaften, ohne Konsequenzen für allfällige grobe Fehler zu befürchten.

Hat der Bundesrat zu naiv gehandelt?

Studer: Das wird sich jetzt zeigen. Der Bundesrat hätte mit den Banken nicht

nur vereinbaren müssen, bei den Löhnen und Boni mitzureden, sondern konkrete Bedingungen festlegen müssen. Diese Aufgabe muss nun das Parlament übernehmen. Die EVP wird dazu auf die kommende Wintersession gezielte Vorstösse präsentieren.

Wie sehen diese Vorstösse aus?

Studer: Wir wollen, dass bei groben Verschuldungen von Bank, aber auch anderen Topmanagern Rückgriffe auf de-

ren Boni möglich sind. Nach dem Grounding der Swissair hat man gesehen, dass viele der Topmanager trotz klarem Verschulden ungeschoren davongekommen sind. Wir verlangen zudem, dass das Bonus-System generell abgeschafft und gesetzlich verboten wird. Aus ethischen Gründen – was auch zum besseren Ansehen der Banken führt – sollte die Fluchtgeldproblematik, wie es ein Vorstoss der EVP verlangte, endlich ernsthaft angegangen werden.